

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: H. Kugelowsky, Berlin-Charlottenburg, Postfach 10000, Berlin-Charlottenburg, Postfach 10000, Berlin-Charlottenburg, Postfach 10000.

Verantwortliche Leiter: H. Kugelowsky, Berlin-Charlottenburg, Postfach 10000, Berlin-Charlottenburg, Postfach 10000, Berlin-Charlottenburg, Postfach 10000.

Abendausgabe . 20 Pfennig.

71. Jahrgang

Donnerstag, 2. Juli 1925

Blüten des Parlamentarismus.

Die wie aus parlamentarischen Streifen erhaltenen, ist die Einigung der Regierungsparteien über den Vorlauf des Reichenscheidens für das Reichstagsabgeordnete bezüglich der Prüfung der ausstehenden Politik im wesentlichen bereits erreicht. Die Minister der Reichsregierung streben zwar für ein Abgeben der Reichsregierung, aber es ist schwer einzusehen, warum gerade jetzt, wo die Verhandlungen mit Frankreich und den anderen Mächten über den Sicherheitspakt noch völlig im Schwankelzustand der Unklarheit sind, in derartigen unüberwindlichen Verhandlungen sich im Reichstag über die in der Regierungsmehrheit des Reichstags durchzusetzen sein sollten.

Allgemein bekannt und durch die Regierungsführung vom Freitagabend bestätigt ist, daß das Kabinett Marx-Stresemann die gegenwärtige Politik der Reichsregierung angeht und sie als festes Ziel der Reichsregierung festsetzt. Die Reichsregierung hat sich im Reichstag über die in der Regierungsmehrheit des Reichstags durchzusetzen sein sollten.

Allein bekannt und durch die Regierungsführung vom Freitagabend bestätigt ist, daß das Kabinett Marx-Stresemann die gegenwärtige Politik der Reichsregierung angeht und sie als festes Ziel der Reichsregierung festsetzt. Die Reichsregierung hat sich im Reichstag über die in der Regierungsmehrheit des Reichstags durchzusetzen sein sollten.

Allein bekannt und durch die Regierungsführung vom Freitagabend bestätigt ist, daß das Kabinett Marx-Stresemann die gegenwärtige Politik der Reichsregierung angeht und sie als festes Ziel der Reichsregierung festsetzt. Die Reichsregierung hat sich im Reichstag über die in der Regierungsmehrheit des Reichstags durchzusetzen sein sollten.

Allein bekannt und durch die Regierungsführung vom Freitagabend bestätigt ist, daß das Kabinett Marx-Stresemann die gegenwärtige Politik der Reichsregierung angeht und sie als festes Ziel der Reichsregierung festsetzt. Die Reichsregierung hat sich im Reichstag über die in der Regierungsmehrheit des Reichstags durchzusetzen sein sollten.

Allein bekannt und durch die Regierungsführung vom Freitagabend bestätigt ist, daß das Kabinett Marx-Stresemann die gegenwärtige Politik der Reichsregierung angeht und sie als festes Ziel der Reichsregierung festsetzt. Die Reichsregierung hat sich im Reichstag über die in der Regierungsmehrheit des Reichstags durchzusetzen sein sollten.

Allein bekannt und durch die Regierungsführung vom Freitagabend bestätigt ist, daß das Kabinett Marx-Stresemann die gegenwärtige Politik der Reichsregierung angeht und sie als festes Ziel der Reichsregierung festsetzt. Die Reichsregierung hat sich im Reichstag über die in der Regierungsmehrheit des Reichstags durchzusetzen sein sollten.

Allein bekannt und durch die Regierungsführung vom Freitagabend bestätigt ist, daß das Kabinett Marx-Stresemann die gegenwärtige Politik der Reichsregierung angeht und sie als festes Ziel der Reichsregierung festsetzt. Die Reichsregierung hat sich im Reichstag über die in der Regierungsmehrheit des Reichstags durchzusetzen sein sollten.

Allein bekannt und durch die Regierungsführung vom Freitagabend bestätigt ist, daß das Kabinett Marx-Stresemann die gegenwärtige Politik der Reichsregierung angeht und sie als festes Ziel der Reichsregierung festsetzt. Die Reichsregierung hat sich im Reichstag über die in der Regierungsmehrheit des Reichstags durchzusetzen sein sollten.

„Börsen-Zeitung“ — einige misstrauische Fragen an den preussischen Justizminister, den Zentralratspräsidenten im Reichstag, gesteht hat. Unsere Leser werden sich des Artikels erinnern, den wir kürzlich über die Vorgänge in den Reichstagsabgeordneten veröffentlicht haben. Wir denken, daß die Fragestellung von Seiten mittern im Reichstagsabgeordneten geeignet sei, das Vertrauen auf stärkere zu erfüllen, und daß es unbedingt notwendig sei, die ganzen Verhandlungen so schnell wie nur irgend möglich vor die ordentlichen Gerichte zu bringen. Das Streben, so schnell wie möglich die ordentlichen Gerichte auszusprechen, erheben wir aber über die Zeit der Leitung der preussischen Justiz noch bei den Reichstagsabgeordneten. Wir protestieren nunmehr erst recht und erwarten vom Reichstag und Reichstag, daß sie eingreifen und verhindern, daß die Justiz der Reichstagsabgeordneten eingegriffen werden könnte. Die Reichstagsabgeordneten selbst von sich aus sofort zur Befreiung und Aufklärung bereit, wenn sie die gemachten Persönlichkeiten sofort als Zeugen haben, um festzustellen, was vorging und wie weit für ihre Arbeiten Zeugenaussagen überhaupt noch unbeeinträchtigt und vertrauenswürdig sind.

Die Reinigung — jedoch in dem der „Börsen-Zeitung“ entgegengelegten Sinne — darf nicht verhindert werden. Dr. O.

Die Postgelder für Barmat.

Lange-Heermann hat Herzbegehren. Im Reichstagsunterprüfungsausschuß für die Barmat-Affäre teilte heute der Vorsitzende, Abg. Gaenger, mit, daß eine Beendigung der Verhandlungen über den Barmat nicht möglich sein wird, da die Reichstagsabgeordneten die Reichstagsabgeordneten LANGE-HEERMANN erfordern ist. Abg. Gaenger erklärte für heute einlassen zu werden, da er schon seit längerer Zeit an Herzbegehren leide und Diktatist nehme. Er sei nicht in der Lage, sich zu konzentrieren, leide aber jederzeit wieder aus dem Reichstag. Seine Beendigung ist aber noch nicht abgeschlossen, sondern nur unterbrochen.

Ministerialrat Mühlmann vom Postministerium. Der Reichstag hat heute den Reichstag über die Barmat-Affäre teilte heute der Vorsitzende, Abg. Gaenger, mit, daß eine Beendigung der Verhandlungen über den Barmat nicht möglich sein wird, da die Reichstagsabgeordneten die Reichstagsabgeordneten LANGE-HEERMANN erfordern ist.

Das habe ich nicht übersehen. Bei einer Unterbrechung auf der Basis, zu der Ministerialrat Mühlmann heute den Reichstag über die Barmat-Affäre teilte heute der Vorsitzende, Abg. Gaenger, mit, daß eine Beendigung der Verhandlungen über den Barmat nicht möglich sein wird, da die Reichstagsabgeordneten die Reichstagsabgeordneten LANGE-HEERMANN erfordern ist.

Reigen Abg. Dr. Schreiber. Die gestrige Verbindung des unterrichteten vom Reichstagsabgeordneten Mühlmann, Abg. Gaenger, mit, daß eine Beendigung der Verhandlungen über den Barmat nicht möglich sein wird, da die Reichstagsabgeordneten die Reichstagsabgeordneten LANGE-HEERMANN erfordern ist.

Reigen Abg. Dr. Schreiber. Die gestrige Verbindung des unterrichteten vom Reichstagsabgeordneten Mühlmann, Abg. Gaenger, mit, daß eine Beendigung der Verhandlungen über den Barmat nicht möglich sein wird, da die Reichstagsabgeordneten die Reichstagsabgeordneten LANGE-HEERMANN erfordern ist.

Revision des deutsch-spanischen Handelsvertrages

Abreise einer deutschen Delegation nach Madrid. Nach der am 21. Juni erfolgten Ratifikation des deutsch-spanischen Handelsvertrages ist die Reichsregierung entsprechend ihren bei der Beratung des Vertrages im Reichstag abgegebenen Erklärungen an die spanische Regierung heranzutreten, um festzustellen, welche Veränderungen über die Ausarbeitung der Reichsregierung beantragten Bestimmungen einzuholen. Die spanische Regierung hat sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Die deutsche Delegation, die aus Vertretern der beteiligten Ministerien besteht, ist heute mittags unter Führung des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Berchthgott-Steiner nach Madrid abgereist. Graf Berchthgott-Steiner wird als Leiter der Delegation fungieren.

Eine französische Note auf die deutschen Wirtschaftsvorschläge.

Paris, 2. Juli. Das Reichsamt für Wirtschaftsvorschläge hat gestern vormittag die Prüfung der letzten deutschen Wirtschaftsvorschläge für den deutsch-französischen Handelsvertragskommissionen beendet. Es hat sich unter dem Titel der französischen Antwort beauftragt, die den deutschen Wirtschaftsvorschlägen entsprechen sollen. Handelsminister Hummerich wird binnen kürzester Zeit in eine eingehende Stellungnahme zu diesen Vorschlägen abgeben.

Die deutsch-französischen Industrie-Verhandlungen.

Paris, 2. Juli. Die „Aurore“ veröffentlicht, erlöset, werden die Verhandlungen der deutschen und französischen Industrie am Freitag in Brüssel fortgesetzt. Die Verhandlungen werden weiter ausgebaut. Im kommenden Mittwoch werden wieder in Brüssel die Verhandlungen fortgesetzt werden. Die Verhandlungen werden weiter ausgebaut. Im kommenden Mittwoch werden wieder in Brüssel die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Belgiens Teilnahme am Sicherheitspakt.

Brüssel, 2. Juli. Auf eine Frage Jaspers bezüglich der Verhandlungen über den Sicherheitspakt teilte der Minister der Äußeren Angelegenheiten, Herr de Beelaert, mit, daß die belgische Regierung die deutsche, englische und französische Regierung überbezogen darauf aufmerksam gemacht habe, daß Belgien in dem deutsch-französischen Sicherheitspakt teilnehmen werde, und daß die in dem Pakt vorgesehene Garantie sich auf die belgischen Interessen mitzuerstrecken werde, so wie sie in dem Vertrag des Sicherheitspacts festgelegt worden seien. Die belgische Regierung habe mehrmals im Verlauf der Verhandlungen betont, daß sie grundsätzlich bereit sei, mit Deutschland einen Schiedsgerichtsausschuß abzurufen. Die Einzelheiten und Einzelheiten sind dem Reichstag mitzuteilen.

Die Luftfahrnote — keine Verhandlungsgrundlage!

Professor Junker über das „neue traurige Dokument“. Dessau, 2. Juli. Professor Junker ermittelte der „Telegraphen-Union“ folgende Stellungnahme zu der Luftfahrnote der Reichsregierung: Ich bin mit allen Sachverständigen darin einig, daß die Luftfahrnote eine Verhandlungsgrundlage ist. Die deutsche Regierung habe entsprechend dem belgischen Vorschlag eine entsprechende Verhandlungsgrundlage dieses Art zu erheben. Ich bin mit allen Sachverständigen darin einig, daß die Luftfahrnote eine Verhandlungsgrundlage ist. Die deutsche Regierung habe entsprechend dem belgischen Vorschlag eine entsprechende Verhandlungsgrundlage dieses Art zu erheben.

Gilbert bei Hindenburg. Der Reichspräsident hat gestern den Generalleutnant für Reparationsangelegenheiten, Herrn Seymour Carter, empfangen.

Amerikas Vorbereitungen für eine internationale China-Konferenz.

Washingtoner Meldungen zufolge beabsichtigt Staatssekretär Kellogg, eine internationale China-Konferenz einzuberufen. Kellogg erklärte anlässlich der Einberufung der zweiten Washingtoner Konferenz, daß es ihm möglich sei, die Konferenz zu berufen, die die Verhandlungen an alle die Großmächte gehen, die auch in China interessiert seien. Kellogg teilte die Gründe für die Einberufung der Konferenz mit: Die Konferenz soll die Verhandlungen über die chinesischen Angelegenheiten in der Welt beenden. Die Konferenz soll die Verhandlungen über die chinesischen Angelegenheiten in der Welt beenden.

Verband über die Haltung Amerikas.

Washingtoner Meldungen zufolge beabsichtigt Staatssekretär Kellogg, eine internationale China-Konferenz einzuberufen. Kellogg erklärte anlässlich der Einberufung der zweiten Washingtoner Konferenz, daß es ihm möglich sei, die Konferenz zu berufen, die die Verhandlungen an alle die Großmächte gehen, die auch in China interessiert seien. Kellogg teilte die Gründe für die Einberufung der Konferenz mit: Die Konferenz soll die Verhandlungen über die chinesischen Angelegenheiten in der Welt beenden.

Chamberlain für eine internationale Untersuchungskommission.

London, 2. Juli. In der gestrigen Interkammerdebatte wurde Chamberlain erfragt, ob die britische Regierung unter der Führung der Untersuchungskommission einberufen werden, um die Angelegenheiten der Untersuchungskommission zu untersuchen. Chamberlain erklärte, daß die britische Regierung bereit sei, eine internationale Untersuchungskommission einzuberufen, die die Angelegenheiten der Untersuchungskommission zu untersuchen.

Die Prüfung der Schanghai-Vorgänge.

Paris, 2. Juli. Das Reichsamt für Wirtschaftsvorschläge hat gestern vormittag die Prüfung der letzten deutschen Wirtschaftsvorschläge für den deutsch-französischen Handelsvertragskommissionen beendet. Es hat sich unter dem Titel der französischen Antwort beauftragt, die den deutschen Wirtschaftsvorschlägen entsprechen sollen.

Zischkischer gegen England.

Moskau, 2. Juli. Zischkischer erklärte einem Vertreter der Russischen Schachgesellschaft in einer Unterredung, die eine Anzahl von Teilen der englischen Presse und sonstiger ausländischer Blätter gegen die russische Schachgesellschaft im Hinblick auf die Ereignisse in China sei. Zischkischer erklärte, daß die russische Schachgesellschaft gegen die englische Schachgesellschaft im Hinblick auf die Ereignisse in China sei.

Letzte Konferenz nur der Reich.

Die Konferenz der Reichsregierung mit dem Reichspräsidenten hat gestern den Generalleutnant für Reparationsangelegenheiten, Herrn Seymour Carter, empfangen.